

Krafter Zeitung.

Nr. 264.

Samstag, den 17. November

1860.

Die „Krafter Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis: für Krafter 4 fl. 20 Nkr., mit Versendung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Nkr. berechnet. — Inserationsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer vierzeiligen Petitzeile für IV. Jahrgang. — Die erste Einrückung 7 kr., für jede weitere Einrückung 3/4 Nkr.; Stempelgebühr für jed. Einschaltung 30 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Krafter Zeitung“. Zusendungen werden franco erbeten.

Krafter, 17. November.

Die k. preussische Regierung hat dem Vernehmen nach, wie der Main-Correspondent der „Prager Ztg.“ schreibt, von der neuesten Depesche Lord John Russells Anlaß genommen, obschon zugehend, daß sie in mehrfacher Beziehung mit England sich auf demselben praktischen Standpunkte befinden, dem österreichischen Kabinet ausdrücklich zu erklären, daß sie auf das Entschiedenste sich dagegen verhalten müsse, als nehme sie auch grundsätzlich den englischen Standpunkt ein, den sie vielmehr mit voller Ueberzeugung und dem größten Nachdruck desavouire und verwerfe. Es bleibt schließl. der Corresp., dabei immerhin zu verwundern, wenn zwei fast diametral entgegengesetzte Rechtsanschauungen schließlich in eine und dieselbe praktische Politik auslaufen können.

Der Berliner diplomatische Correspondent der „K. Ztg.“ schreibt: Ein Theil der englischen Presse wenigstens verleiht sich der Erkenntnis nicht, welche Folgerungen aus Lord J. Russells neuester Note gegen England selbst gezogen werden können. Lord J. Russell sucht in seiner Note, piemontesischer als Piemont selbst, die Politik desselben, die, mag man sie nun billigen oder verwerfen, nur als eine Anomalie erscheinen kann, in ein völkerrechtliches System zu bringen, während Graf Cavour selbst darauf verzichtet hat, das Verfahren des Turiner Cabinets mit Hinblick auf das Völkerrecht zu rechtfertigen. Hier betrachtet man in einflussreichen Kreisen die Russellsche Note als eine Ungeschicklichkeit, hervorgerufen durch das Verlangen, bei der liberalen Meinung Englands Reclame für sich zu machen, ein Zweck, der nicht einmal vollständig erreicht zu sein scheint und dem jedenfalls höhere Interessen nicht geopfert werden dürfen.

Lord John Russell soll, wie die englischen Zeitungen übereinstimmend sagen, bei dem Vord-Mayors-Diner so leise gesprochen haben, daß man ihn kaum verstehen konnte. Er beantwortete den Toast, welchen der Lord Mayor auf das Unterhaus ausbrachte, mit dem derselbe zugleich den Namen Lord John's in Verbindung brachte. So viel die Berichtsfasser der Presse gehört haben, erwiderte der Minister des Auswärtigen diesen Toast mit einigen, die Wirksamkeit des Unterhauses rühmenden Worten und fügte dann, auf die Angelegenheiten seines Departements übergehend, ungefähr folgendes hinzu: „Ich bin sehr erfreut durch die von dem französischen Botschafter eben ausgesprochenen Gefinnungen. Sie sind dazu angethan, die Ausdehnung des Handelsverkehrs, den Frieden und die Einigung der verschiedenen Nationen der Erde zu fördern. Wir haben stets den Wunsch gehegt, mit allen fremden Nationen auf dem freundschaftlichsten Fuß zu bleiben, welche Regierungsform sie auch haben mögen; wir schätzen und achten ihre Freundschaft und Allianz, niemals aber können wir wanken in unserer Anhänglichkeit an jene Freiheit, die wir selbst seit so langer Zeit genießen, und in unserer Sympathie für andere Nationen, welche danach streben, sie zu erlangen.“ Ein Blatt bemerkt, das Wort Italien sei bei dem Banquet in den Bann gethan gewesen, ob vermöge stillschweigender oder thatsächlicher Uebereinkunft, möge dahingestellt bleiben. Auch der Ernst Lord Palmerstons sei aufgefallen. Er habe nicht, wie er sonst stets gern gethan, den Toast auf die Damen ausgebracht.

Die „NZ.“ macht zu der Note Lord John Russells folgende Bemerkung: Wenn Lord Russell in seiner Depesche an den englischen Gesandten zu Turin vom 27. v. M. sich auf das Droid des gens von Vattel berufen hat, so ist demselben noch obendrein ein sehr eigenthümliches Unglück zugefallen. Besagte Autorität spricht sich nämlich gegenständig aus. Freilich billigt Vattel das Verhalten der protestantischen Niederlande zu Wilhelm von Oranien und dem protestantischen England und stellt dabei die von dem englischen Minister mitgetheilte Maxime auf; allein er fügt hinzu, man dürste keinen Mißbrauch mit ihr treiben, um gehässige Wühlerien gegen die Ruhe anderer Staaten zu rechtfertigen. Es sei eine Verletzung des Völkerrechts, wenn man Unterthanen zur Empörung aufreize, die sich zwar über ihren Herrscher beklagen, allein doch thatsächlich demselben gehorchen. So heißt es im 4. Capitel des 2. Buchs, und es wäre zu wünschen, daß man die neapolitanische Sache nach diesem Maßstabe messe, wenn man doch schon einmal nach Lehrbüchern Diplomatie treiben will.

Die „Freyepost“ hat in Erfahrung gebracht, daß es damit seine Richtigkeit habe, daß England auf diplomatischem Wege sich des deutsch-dänischen Conflicts in einer Weise annehmen werde, die zur Erledigung desselben führen dürfte.

Ein Wiener Correspondent der „K. Z.“ schreibt:

In diplomatischen Kreisen betrachtet man es als gewiß, daß nach dem Falle von Gaeta von Seite Frankreichs und Englands ein gemeinschaftlicher Schritt geschehen werde, wodurch die Anerkennung des Königreichs Italien unter dem Scepter Victor Emanuels ausgesprochen werden sollte. Mit Bestimmtheit wird versichert, daß hierüber zwischen den zwei Westmächten eine Vereinbarung zu Stande gekommen ist, bei welcher Gelegenheit französischerseits die bestimmtesten Versicherungen gemacht worden seien, daß man in Paris an eine abermalige Territorial-Vergrößerung Frankreichs auf Kosten Italiens nicht denke.

In den Tuilerien hat man sich, so scheint es der „Ndt. Post.“ entschlossen, die Popularität der englisch-französischen Allianz, welche bei den britischen Nachbarn im Abnehmen begriffen sei, durch Concessionen bezüglich des Kirchenstaates wieder zu gewinnen. Die Anerkennung der Annexion Umbriens und der Marken, selbst der Provinz Viterbo, dürfte von Seiten des Tuilerien-Cabinetts trotz der katholischen Traditionen Frankreichs nicht verweigert werden. Ueberhaupt soll zwischen Frankreich und England bereits ein Projekt behufs der Dismembrirung des Kirchenstaates vereinbart sein, demzufolge dem heiligen Stuhle nichts bleiben würde, als ein kleines „Erbgut“ — kaum mehr, als Rom und die Comarca.

Der officiële Paris hat den Auftrag folgendes zu veröffentlichen: Es haben einige Journale eine Correspondenz des Corriere Mercantile von Genua mitgetheilt, der zufolge die Beziehungen zwischen dem römischen Stuhl und Frankreich bald unterbrochen zu werden drohten. Diese Correspondenz fügt bei, daß unser Occupationscorps in Rom einer Abmarchordnung gewärtig sei. Diese Gerüchte entbehren jeder Begründung. Es sind in diesem Sinne keine Ordres ertheilt worden. Es hat sich keine Kälte in den Beziehungen zwischen dem römischen Stuhl und Frankreich kundgegeben, und der h. Vater ist der erste angestrichelte, daß, solange er in Rom bleibt, er von dem ehrerbietigsten Schutze und der einzigen Unterstützung, die ihm niemals gefehlt hat, umgeben sein wird.

Die Organe Mazzini's eifern gegen den französischen Einfluß in Italien und gegen das Uebergewicht der Franzosen im mittelländischen Meer: Europa befürchte mit Recht den prätorianischen Despotismus eines Volkes von 37 Millionen Menschen. „Das Gepeinst einer napoleonischen Invasion ist von Neuem erschienen, und ganz Europa wird sich aus verschiedenen Beweggründen in ein Heerlager gegen den Bonapartismus vereinigen.“ Mehr als je bezwecke die italienische Bewegung Freiheit und nationale Einheit. Italien wolle die letztere, Napoleon könne sie nicht wollen. Er sucht sich fort und fort für seinen Schutz und seine geleisteten Dienste schadlos zu halten; Savoyen und Nizza hat er bereits besetzt, im Süden von Italien sucht er ein Reich für Murat zu gründen, im Centrum für seinen Neffen; Rom und einen Theil des Kirchenstaats möchte er der zeitlichen Herrschaft des Papstes unterstellen. Der Minister, der die Angelegenheiten Piemonts leitet hat diesen Plan adoptirt. Italien würde sonach in vier Theile getheilt: Zwei würden direct von Fremden regiert, und Frankreich wäre indirect die Gebieterin Italiens, denn der Papst ist schon von 1849 an französischer Vasall, wie der piemontesische König aus Dankbarkeit und Ohnmacht. Das sind die Absichten mit uns verbündeten Despotismus. Die einen läugnen sie wie Napoleon jede Schuld und Absicht am Staatsreich ablagnete; die andern aber zweifeln daran aus blinder Leichtgläubigkeit auf das Wort der Mächtigen oder aus bloßer Scheu aus ihrer Unthätigkeit und ihrem geträumten Optimismus ausgerüttelt zu werden.“ So Mazzini — schließt der Genueser Correspondent der „NZ.“ die Citate, — der immerhin wie das Gespenst Drfinis aus dem Grabe spricht.

Die Nachrichten aus Neuseeland gehen bis zum 13. September: trotz der namhaften Verstärkungen, die bingeführt worden, und obschon Generalmajor Pratt selbst das Commando übernommen, sind die Operationen gegen die rebellischen Eingeborenen bisher ohne wirksame Erfolge geblieben. Das flache Land wird von den letzteren geplündert und verheert, und New Plymouth ist mit Flüchtlingen gefüllt. Am 10. Sept. brach eine 17—1800 M. zählende Expedition von dort auf, welche auf ihrem Wege sich mehrerer neuerdichteter Verschanzungen des Feindes bemächtigte, die in einem Gebüsch verborgenen Eingeborenen längere Zeit lebhaft beschoss, ohne jedoch mit denselben ins Handgemeine zu gerathen, und am 12. wieder nach dem Lager zurückkehrte.

Am 12. November hat ein Zusammenstoß mit den

Bourbonischen (Königlichen) Truppen außerhalb der Festung stattgefunden. Dieselben verlangen zu capituliren. Die Garnison von Gaeta beläuft sich auf 3000 Mann. In Neapel war General Klapka angekommen.

Nach der „Ind.“ befinden sich in diesem Augenblick folgende Mitglieder des königlich neapolitanischen Hauses in Gaeta: Marie Leopold Franz II., geb. den 16. Jan. 1836, König beider Sicilien seit 22. Mai 1859; die Königin, Tochter Maximilian Joseph's, Herzogs in Baiern und Schwester der Kaiserin v. Oesterreich; Graf Louis Marie von Trani, Bruder des Königs, geb. 1. Aug. 1838; Graf Alphonse Marie v. Caserta, Bruder des Königs, geb. 28. März 1841; Graf Cajetan Marie von Girgenti, Bruder des Königs, geb. 12. Jan. 1846; Graf Pascal von Bari, Bruder des Königs, geb. 15. Sept. 1832; Graf Januarius Marie von Castelfirone, Bruder des Königs, geb. 28. Febr. 1857; Prinzess Marie Annunciata Isabella, Schwester des Königs, geboren 24. März 1843; Prinzess Maria Clementine Immacolata, Schwester des Königs, geb. 14. April 1844; Prinzess Maria Pia, Schwester des Königs, geb. 3. August 1849; Prinzess Maria Immacolata Louisa, Schwester des Königs, geboren 21. Jan. 1855. Die Königin Wittwe, Stiefmutter des Königs, Maria Theresia Isabella, Erzherzogin von Oesterreich, geb. 1816. Was die Dheime des Königs betrifft, so befindet sich der Graf von Syrakus in Florenz, der Graf von Aquila in Florenz. Wo sich der Prinz von Capua und Graf von Trapani, der erste mit 2, der letzte mit 4 Kindern, befinden, wissen wir nicht. Die Tanten des Königs sind: die Herzogin von Berry; die Königin Wittwe von Spanien; die Großherzogin von Toscana, die Gräfin von Montemolin und die Kaiserin von Brasilien.

Die „A. A.“ bringt jetzt den Text des mehrfachen erwähnten Protestes des König Franz II. Derselbe ist von Gaeta den 24. Okt. datirt und schließt mit folgendem: Das Beispiel der beiden Sicilien wird der Welt zeigen, daß es erlaubt sei, jedes Gefühl von Loyalität und Recht mit Füßen zu treten, um erst die Revolution in das Land eines befreundeten Fürsten zu tragen, und dann im vollen Frieden sich seiner Staaten zu bemächtigen ohne Rücksicht auf irgend ein Recht oder einen Vertrag, und unter Verachtung der legitimen Interessen und der öffentlichen Meinung Europas. Se. Majestät wünscht, daß Sie diese Betrachtungen bei der Regierung, bei welcher Sie beglaubigt sind, geltend machen, indem Sie eine Abschrift dieser Depesche bei dem Ministerium des Aeußern hinterlegen.

Ein Tagesbefehl des Ministers Alcoa zeigt den Tod des Generals Negri an. In dem Gesichte vom 29. Oct. wollte der junge und tapfere General Matteo Negri, obwohl bereits verwundet, nicht vom Kampfsplatz weichen; sein Eifer und sein Feuer veranlaßte ihn sogar, selbst eine Kanone zu bedienen, wobei er durch einen zweiten Schuß getödtet wurde. König Franz II. hat anbefohlen, dem tapferen Soldaten ein Monument zu errichten, das an seinen Namen erinnern soll.

Im Widerspruch mit der „Opinione“, welche sagte, Garibaldi sei vor seiner Abreise nach der Insel Caprera vom König und der Armee mit den ausdrücklichen Beweisen von Sympathie überhäuft worden, behauptet der neapolitanische Correspondent des „Journ. des Débats“, die Beziehungen zwischen dem Dictator einerseits und Victor Emanuel andererseits — obgleich dieser aus Garibaldi's Hand „das Geschenk des Königreichs beider Sicilien“ empfangen hat — seien ungemein kalt; Garibaldi sei im hohen Grade verlehrt und feindselig als je zuvor gegen Cavour gestimmt. In Turin, fügt der Correspondent hinzu, sei man nicht ohne eine gewisse Besorgnis über die Stellung, welche Garibaldi jetzt einnehmen werde.

Garibaldi hat zwar den Marschallrang und den Annunziaten-Orden abgelehnt; daß er aber nicht als Malcontenter geschieden, lehrt die amtliche „Gazzetta di Napoli“, welche die Ernennung Garibaldi's zum General der Armee veröffentlicht. Bekanntlich hatte der Sohn des Volkes bei seinem Zuge nach Sicilien seine Entlassung aus dem sardinischen Heere genommen; er ist also dem Range nach wieder, was er vorher war: General der königlichen Armee. — Das Journal „Der babylonische Thurm“ ist in Neapel am 4. Nov. suspendirt worden. Von den in Capua gemachten Gefangenen litten gegen 2500 an Ophthalmie. Unter diesen Gefangenen sind die Generale Marra, Liguori, Cornet und Andere. — Dem „Toulonnais“ zufolge soll das französische Geschwader, welches vor Gaeta kreuzt, zur Ueberwinterung nach Toulon zurückkehren. Die „Gaz. du Midi“, welche dieselbe Nachricht bringt, fügt hinzu, daß nur ein französisches Schiff in den Gewässern von Neapel bleiben soll.

Der Marquis Georg Pallavicini, der als Prodictator in Neapel den Mazzini'schen Bestrebungen Einhalt gethan hat, ist mit dem Großband des Annunziaten-Ordens beehrt worden. Die Generale Cosenz, Bizio, Medici, Malenchini und Türr sind in ihrem Grade bestätigt worden. Die Entscheidung über das Bleiben der Officiere ist dem General Cosenz überlassen. Die Soldaten der Garibaldi'schen Armee, die im Dienste bleiben wollen, werden in 4 Divisionen vertheilt werden, welche unter dem Commando Medici's in Parma, Türr's in Mailand, Cosenz's in Bologna und Bizio's in Florenz stehen sollen. Anderen Nachrichten zufolge geht Türr mit Garibaldi nach Caprera, um sich über den künftigen Feldzug zur Befreiung des übrigen Italiens zu besprechen. Der italienische National-Verein beschäftigt sich eifrig mit Plänen in dieser Beziehung. Man meldet die bevorstehende Abreise Nigra's nach Paris.

Der „Perseveranza“ vom 15. d. wird aus Turin geschrieben: Die Belagerung Gaeta's, ohne Mitwirkung der Flotte bewerkstelligt, wird viele Zeit und Opfer kosten, zumal das unregelmäßige steinige Terrain die Belagerungsarbeiten sehr erschwert. Einer Privatdepesche zufolge hätte Gialdini neuerdings 2500 Gefangene gemacht. Am 11. d. hat die Beschießung Gaeta's begonnen. Ein Bataillon der französischen Occupationstruppen soll nach Terracina verlegt werden, um den von Gaeta versprengten Neapolitanern den Eintritt in den Kirchenstaat zu verwehren. In Isfania und den angrenzenden Gemeinden lobt die kaum erlöschte Reaktion wieder auf; einige Bataillone der Brigade Re mußten zu deren Unterdrückung entsendet werden. — Fanti geht morgen wieder nach Neapel ab, um das Bombardement von Gaeta zu leiten. König Franz II. wird durch General Alcoa's Bitten und die offensibaren Sympathien des Admirals Tinnan zu fortgesetztem Widerstande ermuntert.

△ Wien, 15. November. Die großen Züge einer freien und allgemeinen Abstimmung der Bewohner des Königreichs Neapel für die Uebertragung der Souveränität an Victor Emanuel sind durch authentische Mittheilungen in der heutigen „Donauzeitung“ in das glühende Licht gesetzt worden. Es ist falsch, daß die Mehrheit des neapolitanischen Volkes auf die Unabhängigkeit des Königreichs verzichtet habe und von seinem alten Königshause nichts mehr wissen wolle. Also selbst nach der neuen Abstimmungstheorie erwachsen aus der ausgeführten Farce dem Könige von Sardinien keine Ansprüche auf die Souveränität über das Königreich beider Sicilien, aus dem geltenden Staats- und Völkerrechte vermag er auch keine herzuleiten, worauf also begründet sich seine Uebernahme dieser Souveränität? Auf nichts weiter als auf der rohen Gewalt. Er ist momentan der Stärkere und hat den Neapolitanern nicht, wie er vorgibt, die Freiheit, sondern die drückende Gewalttherrschaft der Piemontesen gebracht. Die Piemontesen sind es, die jetzt über die Lombarden, die Toskanen, die Romagnolen und die Neapolitaner durch das Schwert gebieten, und mit Nichten ist der Traum der utopischen Schwärmer von einem einigen freien Italien in Erfüllung gegangen.

Verhandlungen des verstärkten Reichsrathes.

Sitzung am 18. September 1860.

(Fortsetzung.)

Bischof Freiherr v. Schaguna: „Wenn ich den Herrn Minister für Cultus und Unterricht richtig verstanden habe, so erklärte derselbe, daß Se. Majestät der Kaiser durch die Allerhöchste Entschlieung vom 13. Jänner 1853 die Errichtung der Triviale- und Unterreal-Schule zu Abrud-Banya aus dem Staatskasse nicht bewilligt haben. Ich sehe mich demüthigt, hierauf zu erwidern, daß der betreffende Statthalter-Erlaß, den ich im Dienstwege bekommen habe, nachstehend so lautet:

„Se. Majestät haben aus den Allerhöchstdenselben bekannt gegebenen Gründen die Errichtung einer Triviale- und Unterreal-Schule in Abrud-Banya aus dem Staatskasse zu bewilligen geruht.“

„Auf Grundlage dieses Statthalter-Erlasses reiste ich nach Abrud-Banya und habe mein Bemühen dahin gerichtet, so viel als die finanziellen Umstände der dortigen Bevölkerung es erlauben, zur Erleichterung der Auslagen aus dem Staatskasse die Gemeinden dahin zu bewegen, daß sie auch ihrerseits zu dem in Rede stehenden Zwecke Beiträge leisten. Ich war in meinem diesfälligen Bestreben glücklich, und habe alsbald die Klein-Summe von über 400 fl. Conv.-M. gesammelt. Zugleich setzte ich mich in dienstlichen Verkehr mit dem dortigen Peca-Magistrate, um zum Zwecke

dieser Allerhöchste genehmigten Trivial- und Unterreal-Schule ein abgebranntes Gebäude, welches zur Zeit noch so ziemlich gut zu verwenden war, auszuwirken, was mir gelang und worüber ich seiner Zeit berichtete.

„Die Bevölkerung aus dem Bezirke Abru-Banya unterliefte meine Bemühungen noch weiter dadurch, daß die nötigen Schritte gemacht wurden, um eben auch in der patriotischen Absicht, den Staatsschatz möglichst zu schonen, aus dem Piffetalfonde eine Summe, ich glaube bis 10.000 fl. für den fraglichen Schulzweck zu reservieren. Auch diesfalls erstattete ich Bericht; ich erhielt aber nie und von keiner Seite die Mitteilung, daß nicht die Allerhöchste Resolution bezüglich dieser Schule in dem gestern dem hohen Hause mitgetheilten Sinne erlassen sei. Ich bin aus den dienstlichen Verhandlungen von dem Eifer Sr. Excellenz des Herrn Kultus- und Unterrichtsministers in Betreff der Beförderung der Kultus- und Schulfachen selbst vollkommen überzeugt, kann aber das Bedauern nicht unterdrücken, daß die Administration auch in dieser Angelegenheit sich nicht als sehr glücklich bewiesen habe. Deshalb muß ich so lange bei meiner Bitte an Sr. Majestät verbleiben, bis ich nicht eines Anderen überzeugt werde, daß nämlich unter dem 13. Jänner 1853 nicht eine Allerhöchste Entscheidung erlassen sei, zu Folge welcher Sr. Majestät der Kaiser die Errichtung und Erhaltung der Trivial- und Unterreal-Schule in Abru-Banya aus dem Staatsschatze allergnädigst bewilligt haben.“

Der Minister für Kultus und Unterricht: „Ich bitte den sehr verehrten Herrn Vorredner, mich nicht unrichtig zu verstehen. Weit entfernt, die Hoffnung abschneiden zu wollen, daß Beiträge aus dem Staatsschatze zur Errichtung dieser Volks- und Unterreal-Schulen werden bewilligt werden, hege ich selbst die Erwartung, daß, nachdem Seine Majestät im Jahre 1853 den Allerhöchsten Willen, daß diese Schule errichtet werde, auszusprechen geruhten, auch Beiträge aus dem Staatsschatze allergnädigst bewilligt werden dürften. Ich habe nur bisher formell keine Ermächtigung in dieser Beziehung Ausagen zu genehmigen und bin daher nicht in der Lage, für dieses Jahr eine Post in das Budget aufzunehmen. Es bleibt mir also nichts übrig, als das Ergebnis der weiteren Verhandlungen, namentlich auch jener über die Frage: ob und welcher Theil des Erfordernisses aus Lokalmitteln zu erzielen sein wird, abzuwarten und dann Sr. Maj. meine eifervollsten Anträge zu unterbreiten. Wenn Sr. Excellenz diesen Gegenstand und Wunsch neuerdings in Anregung bringt, so kann mich dieses nur freuen, und ich hoffe, es wird dazu beitragen können, daß Sr. Maj. Sich Allergnädigst bestimmt fünden, diesem Wunsche Folge zu leisten.“

Bischof v. Schaguna erwiderte nunmehr: es sei ihm allerdings die Allerhöchste Resolution, zu Folge welcher verfügt wird, daß die konfessionelle Schule, möge sie eine Normal- eine Real- oder sonst was immer für eine Schule sein, auch mit konfessionellen Kräften errichtet und erhalten werden sollen, bekannt. Hier handle es sich aber um einen exzeptionellen Fall. So viel er sich aus den Akten erinnern könne, haben Sr. Majestät der Kaiser die Errichtung der konfessionellen Trivial- und Unterreal-Schule zu Abru-Banya aus dem Staatsschatze Allergnädigst zu bewilligen geruht.

Reichsrath Graf Szécsen: „Wenn ich mir erlaube, an die Ansicht Eurer Kais. Hoh. und dieser hohen Versammlung die Bitte zu stellen, über einen Gegenstand, der nicht an der Tagesordnung ist einige Bemerkungen vorbringen zu dürfen, so gründet sich diese Bitte auf die Ueberzeugung, daß es mitunter sehr peinlich ist, wenn durch Anregung von Gegenständen, welche einen großen Widerhall in den verschiedenen Ländern finden und die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich ziehen, ohne daß diese Gegenstände auf der Tagesordnung sind, nur eine Seite der Ansicht Vertretung und Gehör findet und der Gegenstand eine Entwicklung ihrer Meinungen und ihrer Gründe nicht möglich wird. Diese Ueberzeugung allein kann mich bestimmen, meinerseits einige Bemerkungen an die Ansichten und Äußerungen zu knüpfen, welche Sr. Excellenz der Herr Minister für Kultus und Unterricht vorgebracht hat. Diese Äußerungen dürften vom Standpunkte des Herrn Ministers aus auch außer der Tagesordnung vollkommen gerechtfertigt erscheinen, während es von unserer Seite nicht begründet sein würde, gleichfalls so weit über die Grenzen der Tagesordnung hinauszukreiten. Wenn es hier noch irgend neuer Gründe bedürfte, um den Nutzen freien Meinungs-austausches und die Nothwendigkeit einer freien Diskussion überzeugend zu beweisen. So würden die beredeten und entschiedenen Worte Sr. Excellenz in dieser vielbesprochenen Frage einen neuen Beleg dieser heilsamen Einwirkung liefern.“

„Was auch immer die Ansicht der Einzelnen über die Folgen und Einwirkungen des Konkordates sein möge, kann meines Erachtens nach den hier gefallenen Worten wohl Niemand einen Zweifel über das große Gewicht der Motive erheben, welche in dieser hochwichtigen Angelegenheit nicht allein die Regierung Sr. Maj. im Ganzen, sondern auch alle jene Männer leiteten, die an der Durchführung dieses Schrittes Theil genommen haben. Wenn daher im Verlaufe der gestrigen Diskussion auf den Widerspruch des Konkordats, oder auf den möglichen Gegensatz einzelner Konkordatsbestimmungen mit den Rechtsanschauungen einzelner Länder der Monarchie hingewiesen wurde, so war damit nur dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß diejenigen Prinzipien, welche durch das Konkordat verwirklicht und in's Leben gerufen wurden, in zweckmäßiger äußerer Form zur Geltung gelangen, — daß die abweichenden Rechtsanschauungen einzelner Länder bei der Durchführung im Auge behalten und eben dadurch die aufgestellten Grundsätze durch die freundliche und volle Zustimmung aller Länder eine gesicherte Basis finden mögen.“

„Der Umstand, daß diese Erwägungen staatsrechtliche Verhältnisse sehr zarter und verwickelter Natur betreffen, scheint mir erneuert den deutlichen Beweis zu liefern, daß die Verhandlung dieses Gegenstandes in einer weiter eingehenden Weise hier nicht am Plage sei, und ich kann mich daher nur den bei der ersten Diskussion auseinandergelegten Ansichten Genes angeschlossen, welche die Behandlung dieses Gegenstandes wohl im Wege der Diskussion für zulässig, jedoch die Beschlussnahme darüber als vollkommen außer der Kompetenz des Reichsrathes liegend betrachteten.“

„Dieselbe Bemerkung halte ich mich verpflichtet, auch in Beziehung der protestantischen Angelegenheit vorzubringen. Da die Protestanten des Königreiches Ungarn die unabhängige Regelung und Erledigung ihrer inneren kirchlichen Verhältnisse bei jeder Gelegenheit mit Sorgfalt gewahrt haben, so glaube ich, daß wir weder den Interessen, noch dem Wunsche der Glaubensgenossen Ausbürger und Helvetischer Konfession in Ungarn entsprechen würden, wenn wir angreifend oder vertheidigend jene Ordnung ihrer inneren kirchlichen Angelegenheiten zum Gegenstande der Verhandlung vor einer Versammlung machen wollten, in deren Aufgabe sie nicht liegt und deren Kompetenz in dieser Beziehung von den Protestanten nicht anerkannt werden würde.“

„Doch kann ich nicht umhin hervorzuheben, daß die Schwierigkeiten, die sich in der ungarischen Protestantenfrage ergeben haben, großen Theils auf abweichenden Rechtsanschauungen beruhen, auf Rechtsanschauungen, über deren Grundlage ich mich hier nicht auszusprechen habe, welche aber von Anfang an die Ursache der verschiedenen Auffassung der Regierung und der abweichenden Würdigung dieser Sache im Lande gewesen sind. — Weil ich überzeugt bin, daß tiefwurzelnde Rechtsanschauungen und die Anhänglichkeit an die angeerbten Rechte der Protestanten die Schritte derselben geleitet haben, so halte ich es für meine Pflicht, meiner individuelle Ueberzeugung nach mich auf die ernsteste und entscheidendste Weise gegen jene Motive auszusprechen, die den Stimmführern der Bewegung in Ungarn in dieser Hinsicht im entgegengesetzten Sinne unterlegt werden wollten.“

Reichsrath Freiherr v. Petrinó: „Ich muß mir vor Allem die Bemerkung erlauben, daß, nachdem es nur der Bureaukratie gegönnt ist, in die Akten Einsicht zu nehmen und wir im Lande nicht verständigt wurden, was die Erledigung der Verhandlung bezüglich der Abrechnung des Aeras mit dem Religionsfonde in der Bukowina unbekannt blieb.“

„Was den Umstand anbelangt, daß für die 4 Jahrgänge der theologischen Studien nur zwei Hörsäle bestehen, und daß der Herr Kultus-Minister davon keine Kenntniß gehabt hat, so kann ich dieses nur sehr bedauern, versichere aber, daß es eine Thatsache ist. Uebrigens kann ich nicht unerwähnt lassen, daß der Herr Bischof für die Bukowina gelegentlich seiner kürzlichen Anwesenheit in Wien mir die Versicherung gab, daß er den Herrn Kultus-Minister auf den in Rede stehenden Umstand aufmerksam gemacht habe, und daß zugleich behufs eines Zubaus zu dem betreffenden Gebäude eine Summe aus dem Religionsfonde bewilligt worden sei, um die dringend nötigen 4 Hörsäle für die theologischen Studien herzustellen.“

„Auf die Bemerkung, daß die Interessen der Bevölkerung vollkommen gesichert sind, wenn auch das Gymnasium in Czernowitz katholisch ist, muß ich entgegen, es sei bei der letzten Schulvisitation gerade daran Anstand genommen worden, daß an diesem Gymnasium der Religionsunterricht in Rumänischer Sprache erteilt werde.“

„Das Ministerium für Kultus und Unterricht hat allerdings hierauf den vom Lande gewünschten Einfluß genommen, allein bedauerlich bleibt es immer, daß bei einer Schulvisitation ein solcher Anstand erhoben, also gewissermaßen die Forderung gestellt wurde, daß die Rumänen selbst ihre Gebete nicht in der Muttersprache verrichten sollen.“

Nachdem der Minister Graf Thun die Wichtigkeit der letzteren Bemerkung des Vorredners mit dem Beistimmen bestätigt hatte, daß das Unterrichts-Ministerium, bevor noch eine Beschwerde erhoben wurde, die grundsätzliche Einsprache gegen die Anwendung der Rumänischen Sprache sogleich zurückgewiesen habe, fuhr Freiherr v. Petrinó in seiner Rede fort: „Zu den ferneren Bemerkungen des Herrn Ministers für Kultus und Unterricht übergehend, muß ich nun allerdings zugeben, daß es im gegenwärtigen Augenblicke zwei Kirchen in Czernowitz gibt.“

„Vielsache Bitten, daß eine zweite Kirche gebaut werde, nachdem die früher aus Holz konstruirte eingestürzt war, fanden bei der Regierung kein Gehör.“

„Unter diesen Umständen widmete ein Pfarrer bei 4000 Gulden, sein ganzes Vermögen, diesem Zwecke. Die Kirche wurde aus diesen Mitteln bis unter das Dach gebaut und in diesem unvollendeten Zustande blieb sie, nachdem der gedachte Pfarrer sein ganzes Vermögen geopfert hatte, durch 18 Jahre, bis sich das Ministerium endlich nach vielfachen Verhandlungen und Schreibereien bewogen fand, den Ausbau der Kirche zu bewilligen.“

„Wenn die Jugend in der Bukowina die Volksschulen wenig besucht hat und besucht, so liegt die Ursache davon in dem Umstande, daß nicht in der Nationalsprache, sondern in der deutschen Sprache der Unterricht erteilt wurde und noch erteilt wird.“

„Was die Volksschulen anbelangt, so habe ich bemerkt, daß in einem Lande, in welchem zwei Drittel des Landes dem Religionsfonde in liegenden Gütern gehören und dieser Fond 6 Millionen an Kapitalien besitzt, die Frage: ob die Gemeinden die Volksschulen bauen und erhalten sollen, oder der Religionsfond, wohl kaum zweifelhaft sein könne. Wenn hervorgehoben wird, daß unter dem Einflusse der Regierung alle Volksschulen in letzter Zeit entstanden sind, so muß ich diesem geradezu entgegen treten. Auf meiner Herr-

schaft waren früher Volksschulen und weil sie für katholische erklärt wurden, so habe ich für die katholische und griechisch-orientalische Schule ein Gebäude hergegeben, einmal, um allen Entzweigungen vorzubeugen, dann, weil in dem Orte wo ich lebe, 600 Seelen katholischen und 3000 griechisch-orientalischen Glaubens sind. Uebrigens versteht es sich von selbst, daß, nachdem auch aus der Bestätigung Sr. Excell. des Herrn Ministers hervorgeht, es seien in letzter Zeit nur 15 griechisch-orientalische Schulen errichtet worden, während 140 Religionsfondgüter existiren, dieses zu wenig ist, zumal ich glaube, daß die notwendigen Mittel mit einem Federstrich herbeigeschafft werden könnten, wenn der Religionsfond über ein so namhaftes Vermögen gebietet.“

Der Minister für Kultus und Unterricht Graf Thun erwidert hierauf, daß mit einem Federstrich solche Verfügungen nicht getroffen werden können, daß doch immer Verhandlungen gepflogen werden müßten und daher eine gewisse Zeit nothwendig sei, daß weit mehr als 15 Volksschulen in voller Wirksamkeit seien, und daß endlich, wenn der Herr Reichsrath Baron Petrinó in Anregung bringt, in der Bukowina wären die Schulen ohne weitere Konkurrenz lediglich aus dem Religionsfonde zu errichten und zu dotiren, damit eine Frage der Gesetzgebung berührt werde, gegen deren bejahende Lösung er sich hier keineswegs aussprechen wolle, die aber jedenfalls vorerst einer Lösung bedürfe. Bis man aber zu diesem Ergebnisse auf dem legislativen Wege gelangen wird, bleibe natürlich das Ministerium an diejenigen Vorschriften gebunden, welche jetzt die Gesehe bestimmen.“

Vizepräsident v. Szögyény: „Die Erklärung des von mir hochverehrten Herrn Kultusministers, derer Mäßigung ich vollkommen zu würdigen weiß, legt mir die Nothwendigkeit auf, mich auf meine geistige Äußerung zu beziehen. Ich bin weit entfernt davon, das Recht Sr. Majestät des Kaisers auf die Regelung der protestantischen Angelegenheiten einen Einspruch zu nehmen, in Frage zu stellen. Ich kenne die diesfällige Bestimmung des Artikels vom 26. April 1790, welche folgendermaßen lautet: „Sua Majestas sacratissima reservat sibi relate ad coordinationem praedictae Superioritatis eum stabilire ordinem, qui communivirorum ejusdem Religionis consensione maxime congruus reputabitur.“ Darauf kam es aber an diese consensio zu finden.“

„Daß die Vorlagen, die in dieser Absicht vor 70 Jahren gemacht worden sind, eben so wenig geeignet sind, diese consensio herbeizuführen, als die Meinungs-Äußerungen zufällig befragter Vertrauensmänner, das dürfte keineswegs einem Zweifel unterliegen. Die in diesem Gesehe in Aussicht gestellte Regelung wurde jedoch dadurch erfüllt, daß sich im Laufe eines halben Jahrhunderts ein Zustand des Kirchenregiments unter der Einwirkung der protestantischen Gemeinden in Bezug auf Kirche und Schule herausgebildet hat, welcher ihre Interessen befriedigt und denselben genügt hat.“

„An diesen Zuständen des Kirchenregiments haben die Ereignisse der Jahre 1848 und 1849 nichts geändert, und wenn Änderungen eingetreten sind, so sind sie, wie der Herr Minister für Kultus und Unterricht selbst zugegeben hat, von oben und nicht von unten verfügt worden. Wenn also in Folge dieser Änderung für eine Regelung der protestantischen Verhältnisse nichts desto weniger die Nothwendigkeit eingetreten ist, so kam es wieder darauf an, diese consensio zu finden, nach welcher diese Regelung statzufinden habe. Dazu aber gibt es keinen andern Weg, als den von Sr. Majestät bereits vorgezeichneten Weg der Synoden. Nachdem aber Sr. Majestät diese Synoden ohnehin in Aussicht gestellt hat, wird ihnen also in jeder Beziehung vollkommen Gerechtigkeit widerfahren, und ich kann nur den lebhaftesten Wunsch aussprechen, daß bis dahin die Regierung den ihr nach dem Gesehe den protestantischen Synoden gegenüber zukommenden Standpunkt, nämlich den der Oberraufsicht, streng einhalte, sich darauf beschränke und sich jedes weiteren aktiv regelnden, normirenden und organisirenden Einflusses begeben und enthalte.“

Nunmehr ergriff der Herr Minister Graf Thun das Wort zu der Erklärung, daß er sich bemüht habe, auf die Bemerkung des Reichsrathes Herrn Grafen Szécsen einige Worte zu antworten. In dem, was er gesagt habe, habe er keiner Person einen Vorwurf gemacht, und wenn er erwähnte, daß Verdächtigungen der Regierung unterlaufen seien, so sei dies eben nur eine bekannte Thatsache und er habe sich nicht darüber ausgesprochen, wer daran Schuld trage.

Reichsrath Graf Szécsen entgegnete hierauf, daß seine Bemerkungen sich keineswegs auf die Äußerungen des Herrn Ministers für Kultus und Unterricht bezogen haben.

Reichsrath Dr. Hein: „Es wurde bereits darauf hingewiesen, wie peinlich es für eine ganze Versammlung sein muß, wenn nach bereits gefassten Beschlüssen der Gegenstand wieder zur Erörterung gebracht wird, wobei die einzelnen Mitglieder der Versammlung theils aus Achtung vor dem gefassten Beschlusse, theils auch, weil ausdrücklich erklärt wurde, daß eine weitere Diskussion nicht zur Tagesordnung gehöre, ihre Meinung und das Aussprechen ihrer Ansichten unterdrücken mußten. Ein Beweis dessen ist der Vorgang, daß bei dem Beschlusse in der letzten Sitzung zur Tagesordnung überzugehen, viele Mitglieder des hohen Reichsrathes sich bewogen fanden, ihre Namen in das Protokoll eintragen zu lassen, weil sie sprechen wollten und nicht mehr sprechen konnten. Es ist, so viel sich aus der bisherigen Diskussion ergibt, die Ansicht über das Konkordat eine verschiedene, und ich erlaube mir, um Allen gerecht zu werden und um diejenigen, welche nicht sprechen konnten, davon zu bewahren, daß auf sie nicht der Grundsatz angewendet werde: „qui tacet, consentire videtur“, in folgender Weise einen Antrag zu stellen: „Indem der Reichsrath über die mehrfach kundgegebenen Ansichten über das Konkordat zur Tages-

ordnung übergeht, spricht derselbe nur die Anerkennung seiner Inkompetenz aus, in solche Erörterungen einzugehen und darüber Beschlüsse zu fassen; keineswegs aber eine stillschweigende Zustimmung zu den verschiedenen vorgebrachten Ansichten.“

Nachdem Sr. Kais. Hohheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Reichsraths-Präsident den Antrag des Herrn Reichsrathes Dr. Hein zur Abstimmung gebracht hatte, derselbe jedoch von der Majorität nicht angenommen worden war, ging die Versammlung einfach zur Tagesordnung über, wornach Reichsrath Graf Clam zur Vorlesung der folgenden Stelle des Komités-Berichtes schritt: „Bei der Biersteuer, welche mit sechzehn Millionen aufgeführt erscheint, beantragt das Komité der Aufmerksamkeit der hohen Regierung die Frage zu empfehlen, ob nicht anstatt der jetzigen Besteuerung nach Graden zur Vereinfachung der Steuermanipulation und um der Intelligenz der Erzeuger einen größeren Spielraum zu verschaffen, die Malzsteuer eingeführt werden wolle.“

Der Leiter des Finanzministeriums: „Ich erlaube mir hier zu bemerken, daß die Biersteuer, die allerdings in einem bedeutenden Betrage präliminirt ist, auf die Erzeugung gar keinen nachtheiligen Einfluß genommen hat; denn die Erzeugung ist vom Jahre 1847 bis 1859 von 6 Millionen auf 11,359,000 Eimer der Malzsteuer in Anregung gebracht. Dagegen wurde bei der Brantweinsteuer die gegenwärtige Steuermodalität, wo vom Maischraume und beziehungsweise vom Stoffe die Steuer bezahlt wird, als minder zweckmäßig erklärt und dafür gesprochen, das Produkt der Besteuerung zu unterziehen. Bei der Biererzeugung wird nun gerade die entgegengesetzte Steuermodalität befürwortet. Wenn bei der Bierproduktion die Malzbesteuerung eingeführt werden wollte, würde zur Stoffbesteuerung übergegangen also ein anderes Prinzip aufgestellt, als bei der Brantweinbrennerei. In früheren Jahren wurden beim Finanzministerium unter Zuziehung von Fachmännern Verhandlungen gepflogen, ob es nicht zweckmäßig wäre, zu der Malzbesteuerung überzugehen, da nach den im benachbarten Auslande gemachten Erfahrungen dieselbe mit gutem Erfolge angewendet wird. Das Resultat war aber ein negatives. Man hat gefunden, daß die Kontrolle, insbesondere diejenige, welche in Betreff der Mühlen eingeführt werden mußte, mit vielen Variationen verbunden war, und daß auch andere Uebelstände eintraten, die es wünschenswerth erschienen lassen, bei der bestehenden Besteuerung des Bieres zu verbleiben. Dadurch will ich aber nicht für immer abschneiden, daß man nicht die Verhandlungen noch einmal aufnehme und die in Rede stehende Frage, namentlich mit Rücksicht auf die Fortschritte in der Technik, bei der Biererzeugung in umfassender und gründlicher Erwägung ziehe.“

„Vielleicht ist es möglich, daß auch bei Anwendung dieser Steuer-Modalität ein befriedigender Zustand erzielt werde, obwohl ich bekennen muß, daß der gegenwärtige Steuermodus nicht als ein bedrückender für die Produktion und das Publikum bezeichnet werden kann. Die fortwährende Zunahme der Erzeugung ist ein Beleg dafür. Auch kann nicht behauptet werden, daß das Erzeugniß in der Qualität schlechter geworden ist, eben so wenig, daß die Gewerbsunternehmungen sich eingeschränkt oder vermindert haben. Es ist vielmehr Thatsache, daß die Qualität des Bieres im Ganzen eine bessere geworden, so wie, daß immer neue Bierbrauereien entstehen und daß diese sehr einträglich sind, und es läßt sich durchaus nicht behaupten, daß die gegenwärtige Steuer-Modalität einen nachtheiligen Einfluß auf diesen Produktionszweig geübt habe.“

„Ich muß mir ferner erlauben, auf die Behauptung zurückzukommen, daß durch die gegenwärtige Steuer-Modalität bei geistigen Flüssigkeiten der Grundbesitz wegen der Auslegung der Steuern auf die landwirtschaftlichen Nebenbeschäftigungen schwer getroffen werde, wenn die Steuer auch nur vorläufigweise eingezogen und später von dem Konsumenten dem Vorschusseileister im Preise des Produktes zurückgegeben wird. In dieser Beziehung muß ich der Steuerborgung erwähnen. Es ist durch die Bewilligung der Borgung die Besteuerung sehr erleichtert; sie ist in Betreff der Rübenzuckererzeugung bedeutend erweitert worden und ich habe auch einigen Bierbrauereien die gebetene Erstreckung der Borgungsfrist bewilligt. Es liegt darin doch gewiß ein Auskunfts Mittel, um das Läßige des Steuer-Vorschusses zu mildern.“

(Fortsetzung folgt.)

Österreichische Monarchie.

Wien, 16. Nov. Die Abreise Ihrer Maj. der Kaiserin ist nach den bisherigen Anordnungen auf morgen früh anberaumt. Ein Theil der Hofdienerschaft, welche der Kaiserin während des Aufenthaltes zu Funchal auf Madeira beigegeben wurde, ist bereits gestern von hier abgereist und wird sich noch vor deren Ankunft in Antwerpen einschiffen. Ihre Maj. reist im strengsten Inkognito und wird in Funchal das portugiesische Palais bewohnen. Der portugiesische Gouverneur zu Funchal, Don Ferreira Passos, ist beauftragt, für den Aufenthalt der Kaiserin alle Vorbereitungen zu treffen. Von den europäischen Mächten unterhalten Konsulate auf Madeira: Dänemark, Griechenland, Großbritannien und Preußen. Die Konsulate dieser Staaten sind angewiesen, der Kaiserin ihre Dienste zur Verfügung zu stellen. Der Zustand Ihrer Majestät hat sich übrigens in den letzten Wochen wesentlich gebessert; der Husten hat bedeutend nachgelassen und wird durch den Aufenthalt in dem milden Klima Madeira's hoffentlich ganz beseitigt werden. Der k. k. Leibarzt Dr. Frisch verbleibt daher vorläufig in Wien. Die Abwesenheit der Monarchin wird 6 Monate dauern.

Se. k. k. Hoh. der Herr Erzherzog Albrecht wird nächster Tage von Venedig hierintreffen, nach kurzem Verweilen aber wieder in sein Hauptquartier abreisen

Von der k. k. Finanz-Bezirks-Direction in Wadowice wird hiemit bekannt gemacht, daß nachstehende Mautstationen für das Verw.-J. 1861 allein oder auch auf die drei nacheinander folgenden Verw.-J. 1861, 1862 und 1863 im Wege der öffentlichen Versteigerung in Pacht gegeben werden, als:

1. Weg- und Brückenmautstation Wadowice, Fiscalpreis 4132 fl. 80 kr. Licitationstermin am 19. November 1860 um 9 Uhr Vormittags.
2. Weg- und Brückenmautstation Izdebnik, Fiscalpreis 1159 fl. 25 kr. Licitationstermin am 19. November 1860 um 3 Uhr Nachmittags.
3. Weg- und Brückenmautstation Kocierz, Fiscalpreis 436 fl. Licitationstermin am 20. November 1860 um 9 Uhr Vormittags.
4. Weg- und Brückenmautstation Biertowice, Fiscalpreis 2588 fl. 51 kr. Licitationstermin am 20. November 1860 um 3 Uhr Nachmittags.

Den Pachtlustigen ist gestattet mündliche oder schriftliche Angebote für die Pachtung einer oder mehrerer Maut-

stationen zu machen, doch muß im letzteren Falle in den Offerten den angebotene Pachtsumme für jede einzelne Mautstation besonders angesetzt werden.

Jeder Pachtlustige hat den zehnten Theil des Aufschusses des betreffenden Pachtobjectes als Vadium der mündlichen Licitations-Verhandlung zu erlegen oder im Falle eines schriftlichen Angebotes der Offerte anzuschließen.

Am 21. November 1860 Vormittags um 9 Uhr findet die mündliche Versteigerung vom Completen Statt und Nachmittags desselben Tages um 3 Uhr wird zur Eröffnung sämtlicher eingelangten Offerten, sowohl auf einzelne Stationen als auch auf Complexe geschritten werden.

Sämtliche Offerten sowohl auf einzelne Mautstationen als auch auf Mautcomplexe müssen unmittelbar bei dieser k. k. Finanz-Bezirks-Direction noch vor der für den Beginn der mündlichen Licitation festgesetzten Stunde versiegelt überreicht werden.

Später überreichte Offerten werden nicht mehr berücksichtigt.

Von der k. k. Finanz-Bezirks-Direction. Wadowice, am 2. November 1860.

N. 47567. an die Norbert, Anton und Paul Christophori'schen Nachkommen.

Aus der Paul Boulanger von Ehrenritsch'schen Miszellenstiftung, sind zwei Stiftpfätze jährlicher 315 fl. ö. W. zu vergeben.

Die Abkömmlinge des Norbert, des Anton und des Paul Christophori haben nach stiftsrechtlicher Anordnung vom 26. April 1806 auf den Stiftungsgenuß von den Tagen der Geburt gleichen Anspruch.

Bei der Concurrenz mehrerer wird auf die frühere Geburt gesehen und es bleiben Stiftpfätze, ihre allfällige frühere Versorgung ausgenommen, bis zum vollendeten 24. Lebensjahre im Genuße der Stiftung.

Eltern oder Vormünder, welche für ihre Kinder oder Minder auf eine der beiden Stiftpfätze einen Anspruch machen, haben mit den legalen Beweisen der Verwandtschaft, dann der Originaltaufscheine des Kindes belegten Gesuche bis 15. December 1860 bei der k. k. n. ö. Statthalterei zu überreichen.

Von der k. k. n. ö. Statthalterei. Wien, am 20. October 1860.

Vom Cieszkowicer k. k. Bezirksamte als Gerichte wird hiemit bekannt gemacht, daß über Ansuchen des requirirenden Handlungshauses Ringelheim et März mit Auflassung der mit hiergerichtlichen Edicte vom 11. Februar 1860 Z. 226 (Nr. 129, 130 und 131, „Kraukauer Zeitung“) bekannt gemachten Licitationstermine vom 20. Juni und Juli 1860 in dessen Wechselfache wider die Eheleute Hrn. Leon und Fr. Konstantia Galkiewicz pcto. 586 fl. 40 kr. C.M. f. N. G. zur Abhaltung dieser executiven Feilbietung die neuerlichen Termine auf den 13. und 28. December 1860 ausgeschrieben und beim Letzteren die Feilbietungsobjecte auch unter dem Schätzungswerte hintangegeben werden.

Die Kauflustigen haben daher an den obigen Terminen zu den gewöhnlichen Stunden im Orte Bobowa zu erscheinen.

Cieszkowice, am 20. Juni 1860.

Wiener - Börse - Bericht

vom 14. November.
Öeffentliche Schuld.
A. Per Staaten.

Gold	Paare
In Den. zu 5% für 100 fl.	62.50 63.75
Aus dem National-Anlehen zu 5% für 100 fl.	77.30 77.70
Vom Jahre 1851, Ser. B. zu 5% für 100 fl.	96 — 97 —
Metalliques zu 5% für 100 fl.	66.30 66.50
ditto „ 4% „ für 100 fl.	58.75 59 —
mit Verlosung v. J. 1839 für 100 fl.	127 — 128 —
„ 1854 für 100 fl.	90.25 90.50
„ 1860 für 100 fl.	88.90 90 —
Gewissensschöne zu 4% L. austr.	16.50 17 —

Actien.	Br.	St.
von Nationalbank	757 —	759 —
von Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe	173.30	173.40
von Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe	549 —	551 —
von Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe	1922 —	1924 —
von Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe	272 —	272.50
von Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe	180 —	180.50
von Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe	114 —	115 —
von Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe	147 —	147 —
von Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe	159 —	160 —
von Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe	149.50	150 —
von Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe	401 —	403 —
von Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe	145 —	180 —
von Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe	379 —	375 —
von Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe	350 —	355 —

Verlosung	Br.	St.
von Nationalbank	99.50	100 —
von Nationalbank	97 —	98 —
von Nationalbank	88.50	89 —
von Nationalbank	100 —	—
von Nationalbank	85.25	85.75
von Nationalbank	83 —	84 —

Course der Geldsorten.	Gold	Paare
tal. Münz. Dufaten	6 fl. —	40 fl. —
„ vollwichtige Duf.	6 fl. —	40 fl. —
„ Kronen	18 fl. —	30 fl. —
„ Napoleons'd'or	10 fl. —	68 fl. —
„ Imperiale	10 fl. —	95 fl. —

3 Monate.			
Bank- (Platz-)Conto			
ugsburg, für 100 fl. süddeutſch. Währ. 3 1/2 %	114.60	114.75	
Frankf. a. M., für 100 fl. südd. Währ. 2 %	114.75	115.—	
Hamburg, für 100 M. B. 2 %	101.—	101.10	
London, für 10 Pfd. Sterl. 4 %	133.90	133.90	
Lisab., für 100 Franken 3 1/2 %	53.35	53.35	
Cours der Geldsorten.			
	Gulb	Baare	
talſ. Münz-, Dukaten	6 fl. —40 Mrk.	6 fl. —38	fl.
„ vollwichtige Duk.	6 fl. —40 „	6 fl. 37 1/10	„
Kronen	18 fl. —30 „	18 fl. —50	„
Napoleonsd'or	10 fl. —68 „	— fl. —	„
Ruß. Imperials	10 fl. —95 „	— fl. —	„